

Leserecho

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 11

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ich lasse mir nicht den Mund stopfen!

Leserecho auf die Erklärung der 32 und auf einen Parteiaustritt

In der letzten Nummer des «Profils» wurde in drei kurzen Artikeln die Erklärung von 32 Genossinnen und Genossen zu Atomenergie und Umweltschutz diskutiert. Als eine der 32 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner möchte ich mich zur Auseinandersetzung der Partei mit uns äussern.

Ich stelle fest, dass es das legitime Recht der Parteileitung ist, vor wichtigen Abstimmungen für Geschlossenheit zu sorgen. Der Parteipräsident und der Parteivorstand haben kurz nach der Veröffentlichung unserer Erklärung von ihrem Recht, zur Einheit aufzurufen, Gebrauch gemacht. Mit meiner Unterschrift habe ich bewusst Kritik riskiert.

Das Interessante an der Kritik ist, dass lediglich der Tatbestand der Publikation des Papiers angegriffen wurde. Weder die Parteileitung noch andere kritische Stimmen haben sich mit unserer Argumentation auseinandergesetzt. Ich finde dies bemerkenswert.

Ich bin mir nicht bewusst, dass unser Papier auf irgendeine Weise mit den Grundsätzen sozialistischer Politik kollidieren würde. Zwar gibt es Stimmen, die unseren Ausschluss fordern, ich habe aber mit meiner Unterschrift eine Energie-Politik unterstützt, die jener der meisten Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien Europas entspricht. Ein allfälliges Inquisitionsgericht könnte in Verlegenheit geraten.

Ich bin mir bewusst, dass eine Annahme der beiden Initiativen kaum zu einem Landesunglück geführt hätte. Sie hätte aber

auch keine grüne Zukunft bedeutet, sondern eher eine schwarze: Zumindest die Annahme der Atominitiative hätte eine absolute wie relative Steigerung des Erdölverbrauchs verursacht. Befürworter der Initiativen haben einerseits immer wieder auf die Möglichkeit von Stromimporten aus französischen Kernkraftwerken hingewiesen, um den Bedarf decken zu können, andererseits mögliche Stromexporte – die Schweiz lebt übrigens von vielen Exportprodukten – gebrandmarkt. Ich konnte im Interesse der Arbeitnehmer eine solch widersprüchliche Politik nicht unterstützen.

Die Unterzeichner wurden als Pöstchenkleber und Leute, die mit Hilfe der Partei Karriere gemacht hätten, denunziert. Ich verdanke weder meine berufliche Position der Partei, noch klebe ich an einem Pöstchen.

Wer Karriere machen will, der unterschreibt nicht ein solches Papier. Ich weiss genau, was es braucht, um mit Hilfe dieser oft kleinlich urteilenden Partei Karriere zu machen: eine gute Portion Opportunismus. Viele haben nicht unterschrieben, weil sie um ihre Karriere fürchten. Es ist besser, mit den Wölfen zu heulen, als gegen den Strom zu schwimmen. Wer Aussicht auf einen Posten haben will, muss sich mit den Parteizentralen in Zürich und Bern gut stellen und im richtigen Moment den Mund halten können.

Die Partei züchtet Opportunisten förmlich heran und muss sich nicht wundern, wenn sich ihre einstigen Starredner an Parteiversammlungen, kaum in hohe Ämter gewählt, ebenso

rasch umstellen können. Solange die Partei Mitglieder mit abweichender Meinung und nonkonformem Verhalten beschimpft und zurückdrängt, solange wird sie mit ihren gehätschelten Opportunisten böse Abfahren erleben.

Übrigens werden nicht alle Rebellen und Abweichler gerüffelt. Kaum war am letzten Parteitag die Abstimmung über die Bundesratsbeteiligung vorüber, schon flatterten Einladungen nach Biel auf die Konferenztische und wurde noch im selben Haus ein oppositionelles Kontakttreffen abgehalten. Noch nie wurde eine Abstimmung – immerhin eine eines breit beschickten und repräsentativen Parteitages und nicht nur des Parteivorstandes – so offen desavouiert. Die Parteileitung behandelt diese «Abtrünnigen» aber mit grossem Wohlwollen. Es ist offensichtlich, dass die Parteileitung die Mitglieder in solche 1. und 2. Klasse einteilt und die verschiedenen Strömungen unterschiedlich behandelt.

Natürlich haben die «Bieler» ein Recht auf freie Meinungsäusserung. Dieses politische Grundrecht habe ich auch.

Oder sollte ich weniger Grundrechte als andere Bürgerinnen und Bürger haben, nur weil ich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei bin und innerhalb dieser eine unbequeme Meinung äussern will? Beschneidet die Mitgliedschaft das staatsbürgerliche Recht auf freie Meinungsäusserung? Man könnte aus der Kampagne der Parteileitung gegen uns 32 diesen Schluss ziehen.

Zu dieser Kampagne gehört, dass nicht nur der Tatbestand unserer Erklärung angegriffen wird, sondern uns weitere unqualifizierte Vorwürfe gemacht werden. So schreibt Hans Kaspar Schiesser, wir hätten uns in unserer Mehrheit nicht um Quartierpolitik gekümmert. Ich beschäftige mich seit Jahren mit diesen Fragen und habe sogar einmal ein Stück über die Quartierdemokratie geschrieben, welches anlässlich einer Tagung der Zürcher Stadtpartei von Arbeitsgruppenmitgliedern aufgeführt wurde. All das, was die parteiinternen Arbeitsgruppen und Kommissionen an Quartierpolitik betrieben haben, erblasst neben dem, was Emilie Lieberherr für Zürichs Quartiere getan hat. Unter ihrer Ägide ist ein Netzwerk von quartierbezogenen Einrichtungen entstanden, das seinesgleichen sucht und an dem Zehntausende, wenn nicht gar wenige Hunderttausend von Menschen teilhaben. Ein Geflecht von Selbsthilfegruppen und kleinen sozialen Netzen breitet sich allmählich über das Stadtgebiet aus. Dieses wird durch die Mitarbeit vieler Bürgerinnen und Bürger belebt. Zwischenmenschliche Kontakte werden gefördert, sozio-kulturelle Aktivitäten lanciert, um Anhebung der Lebensqualität wird gerungen, Selbstverwaltung eingeübt. Die von Emilie Lieberherr geschaffenen quartierbezogenen Einrichtungen geniessen einen ausgezeichneten Ruf. Fachleute aus aller Welt interessieren sich dafür. In der Parteizentrale in Bern werden solche Leistungen bewusst totgeschwiegen. Wie könnte sonst der Parteipräsident seine wütenden Ausfälle in der Boulevardpresse begründen? Übrigens haben die meisten der Mitunterzeichner, die ich persönlich gut kenne, in irgendeiner Weise Quartierpolitik gemacht.

Ich könnte fortfahren, noch weitere Verdrehungen der drei Artikelschreiber richtigzustellen. Die Diskussionen in der SP vergleicht Martin Straumann mit einem afrikanischen Palaver. Da sieht man, wie schnell einem sogenannten Parteilinken rassistische Äusserungen aus der Feder gleiten. Wie kommt er dazu, grundlos negative Assoziationen zu fremden Sitten, die er offenbar nicht kennt, zu wecken?

Ich bin und bleibe eine Linke, verbunden mit der Geschichte und Tradition der Arbeiterbewegung, und lasse mir von den allmächtigen Parteizentralen in Bern und Zürich nicht den Mund stopfen.

Liliane Waldner, Zürich

Anmerkung der Redaktion:

In einem Punkt irrt die Genossin Waldner. Mit der Argumentation für den Einsatz für mehr Atomenergie, welche die Unterzeichner des 32er-Briefes führen, hat sich nicht nur die «Rote Revue» (vergl. z.B. Nr. 7/8, 9/84, sondern auch die Partei und ihre Tagespresse wiederholt befasst. Zum Beispiel am Energieparteitag in Basel, zum Beispiel auch anlässlich der Parteiprogrammdiskussion. Vielleicht ist es der Genossin Waldner auch entgangen, dass schon in der Woche nach der Abstimmung vom 23. September bekannt wurde, dass die Schweizerische Elektrizitätswirtschaft in Frankreich für eine halbe Milliarde AKW-Beteiligungen eingekauft hatte. Genossin Waldner ist, wie viele andere gutgläubige Stimmbürger auch, auf die unredliche und absichtlich irreführende Propaganda der AKW-Betreiber hereingefallen.

Antwort an Toya Maissen und Kaspar Schiesser

Ein neues Nationalgericht

Hut ab. Ihr habt mein Austrittsschreiben gedruckt. Eine Zeitlang hatte ich tatsächlich den Eindruck, in der SP-Presse werden eine Grundsatzkritik nicht (mehr?) veröffentlicht. Gewiss: die Wut im Bauch fragt nicht nach Hintergründen und weiteren Perspektiven. Zuerst abrechnen mit einem Teil von «denen da oben» in der Parteihierarchie. Die Analyse, der parteipolitische Hintergrund hätte ich mir von Euren Antworten erhofft. Doch Ihr befasst Euch nur mit einer Person, mit einem Austritt. Sehr schnell kommt mir da Meienbergs «Da taar mer nöd» in den Sinn. Für Toya Maissen ist ein Austritt schlicht daneben und wehleidig, die Aktivisten, die bleiben, sind nach der Logik nicht daneben und leiden auch nicht. Statt Beschwichtigungen, Beschönigungen und Verharmlosungen hätte ich lieber Zahlen gesehen, wie viele Genossen haben den gleichen Schritt getan? In der SP wird mehr darüber getuschelt als geredet, vor allem: was ergeben sich für Konsequenzen für die SP und für die anderen linken Parteien? Stattdessen bin ich der Lappi, ein bedauerlicher Einzelfall, der mit der Wut auch Handeln (Austritt) und Demonstration (Briefveröffentlichen) verband. Laut Schiesser kann ich nur halbmeterweise denken und verwechsle mich angeblich mit einem akademisch getunten Familienkombi – woher weisst denn Du, dass ich sowas habe? – und die SP mit einem Konsum-Shopyland. Nicht

nur Schiesser schießt im Nebel herum, auch Richard Müller findet in der Berner «Tagwacht», man müsse zwingend einen langen Atem haben wie Anna Klawy, und wieder Schiesser, Original-Ton: «Die dumme Unanständigkeit der 32 hat kein Gewicht, und» (ist nun das ein Programm?) «Erfolge haben lange Jahre auf sich warten lassen.» Wer nur nach 4 Jahren Parteitätigkeit die Konsequenzen zieht, ist verdächtig, er verweigert sein Dasein als Karteileiche (gegen 80% unserer Sektion), verweigert vor allem als Intellektueller eine politische Karriere und der erleichterte Zugang zu vielen Gewerkschaftsämtern und zu den öffentlichen Ämtern, die nur unter Hilfe der grossen Parteien vergeben werden. In der Partei scheint man nur ein Laufbahnmuster zu kennen, lebenslanglich dabei sein, in schweren Zeiten Opfer bringen, auch weitermachen, wenn es sinnlos ist, nie ein Amt wieder abgeben, ein Rücktritt im wehrfähigen Alter kommt der Desertation gleich. Sicher, mein Austrittsschreiben bietet keine prospektive Analyse an, ich liste in sieben Punkten bloss Fakten und alte Geschichten. Aber dennoch, liebe Toya, kann ich unterscheiden zwischen Meinungspluralismus und Gruppeninteressen einerseits und ineffizienter Politik andererseits. Ich habe der SP natürlich nicht fehlende Meinungsfreiheit vorgeworfen (das ist die Optik des Freisinns), sondern eben die ineffiziente Politik und die undemokratische Art und Weise, wie mit dem Meinungspluralismus umgegangen wird. Ich glaube, wenn die SP insgesamt an politischem Territorium verliert, ist das nicht ein gottgegebener westeuropäischer Trend (auch dass die angebliche Rezession an allem schuld sei, leuchtet mir gar nicht ein), sondern für mich das Ergebnis der ineffizienten

Politik, die von der SP-Führung verantwortet werden müsste. Nicht der Konflikt mit der Basis ist das Problem, den hat es in der Tat immer gegeben, sondern dass die Führung keine kohärente Politik betreibt, weil der rechte Flügel den linken und der linke Flügel den rechten am Fliegen hindern und das Zentrum dem zuschaut oder die Kräfte im Ausgleich erschöpft.

Vergleiche ich mit den sozialistischen Parteien in Frankreich oder der BRD, so fällt doch auf, dass dort die programmatische Literatur vielfach von Parteioberebenen selber geschrieben wird, während bei uns das meiste ausserhalb der Partei von Sympathisanten kommt. Was ergibt sich aus dieser Analyse für eine Konsequenz?

Statt eines individuellen Parteaustritts mit dem unterlegten Geschmack des Verrats am Amt für sozialistisches Eigentum ergibt sich für mich die

Möglichkeit einer *Spaltung der SP* nach links hin und einer Konzentration der linken und grünen Kräfte links der SP. Helmut Hubacher meinte zwar, das Basler Modell sei nicht auf die Schweiz verallgemeinerbar, noch weiter nördlich ist aber die rot-grüne Koalition schon vielerorts Tatsache. Toya Maisen hat Recht, ich war nicht in Biel, mit mir wäre es nicht viel anders gekommen. Gleichwohl ist dort die Spaltung als einer von drei Vorschlägen im Raum gestanden und hat leider (darum Trauerspiel) keine Mehrheit gefunden. Was nicht heissen soll, dass sie keine Zukunft hat.

Die Basler Wahlen waren ein Erfolg, die Berner Gemeindewahlen in ein paar Wochen werden das sicher nicht, weil die SP mit den Parteien links von ihr zu keinem Wahlabkommen bereit war. Ich behaupte, wir könnten in der nächsten Zeit in der Schweiz eine rot-

Hors d'oeuvre serviert vom SVP-Pressedienst

Gratwanderung mit Absturzgefahr!

Der Philosoph Hans Saner sprach diesen Sommer vor der Philosophischen Gesellschaft Basel über die «Pflicht zum Widerstand in der Demokratie». Die «Rote Revue», welche seine Ausführungen abdruckt, beurteilt seine Überlegungen «im Hinblick auf Kaiseraugst» als «brennend aktuell».

Hans Saners philosophische Auslotung des Themas drückt sich aber um eine springende Frage: um die Grenzziehung zwischen legalem Widerstand und illegaler Gewalt. Wo hört der «zivile Ungehorsam» oder die «totale Verweigerung» auf, wo gehen die «symbolischen Akte» in Terrorismus und Verbrechen über. Hans Saner betreibt eine gefährliche Gratwanderung. Und eine verantwortungslose dazu: zu seiner Seilschaft könnten sich allzu bereitwillig Leute finden, die, als Starthilfe mit dem Reiseproviant aus dem geistigen Rucksack Saners gepflegt, bald einmal aus eigenen Überlegungen den blutigen Spuren der Roten Armee Fraktion und der Brigade Rosse folgen könnten.

grüne Mehrheit links vom Bürgerblock erreichen.

Dazu brauchen wir aber klare überschaubare Strategien und eine effiziente Politik. Statt einer lahmen SP auf Krebsgang zwei schlagkräftige sozialistische resp. sozialdemokratische Parteien *und* endlich eine ernsthafte Kooperation mit den Parteien und Bewegungen links der SP. In dem Sinn ist mein Austritt kein Davonlaufen, sondern ein Aufruf für eine politische

Gesamtstrategie der Linken. Schaffen wir uns einen Familienkombi an, der endlich auch Vorwärtsgänge hat, der eben nicht luftgefedert ist, sondern eine gute Strassenlage hat und in dem hinten viel und verschiedenes Gemüse Platz hat: eben Gurken, Melonen und hoffentlich nicht faule Tomaten. Darum, liebe Toya Maissen und Hans Kaspar Schiesser, der ich Euch die Knochenarbeit und die bitteren Enttäuschungen in-

nerhalb der SP zumute: schmeisst die Knochen halt weg und gisst den Apero aus, wenn er zu bitter wird, und hilft mit bei der Zubereitung des neuen Nationalgerichts aus Tomaten, Melonen und Gurken. Den Bürgerlichen wird davon garantiert schlecht, mir aber schmeckt's und Euch?

*12. Oktober 1984
Martin Straumann*